



Thomas Bornhauser,  
Chefredaktor

## Sie sollen hinstehen

Wer hat sich nicht schon geärgert über (mediale) Pauschalisierungen! Wenn sie dann über die Ärzte schreiben. Als ob alle Ärzte gleich wären! Oder wenn die Rede ist von den Politikern. Oder auch – Sie werden meine Absicht bereits erahnt haben – wenn es um die Medien oder die Journalisten geht. Als ob alle gleich wären! Als ob es nicht immer wieder gut und schlecht oder klug und dumm ganz nahe beieinander gäbe in diesem Leben!

Entsprechend stelle ich mir vor, wie es sich in diesen Tagen als Muslim wohl lebt in einer Zeit, in der kaum ein Tag vergeht ohne mörderische Anschläge, die im Namen Allahs verübt werden.

## MEINE WOCHE

Das muss sich für die grosse Mehrheit korrekt lebender Muslime ziemlich bedrückend anfühlen, erst recht im Angesicht drohender Sippenhaftung. Es ist deshalb gut und wichtig, dass die offizielle Politik in Frankreich wie andernorts in Europa gegen Ausgrenzungsversuche angeht.

Es darf nicht passieren, dass Abertausende unschuldiger Bürger islamischen Glaubens unter Generalverdacht geraten. Und doch bin ich mir keineswegs sicher, ob ebenso pauschale Verbrüderungsgesten der Weisheit letzter Schluss sind, so, wie das die deutsche Kanzlerin diese Woche gemacht hat mit ihrer Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland. Jedenfalls gibt es im Leben mit dem Islam im Westen Probleme, die heute zu den grössten Bedrohungen der Zivilisation zählen. Konkret geht es um den Umgang mit Frauen und Andersgläubigen und der Gewalt (vgl. dazu die Beiträge auf den Seiten 6 und 7) respektive die Inanspruchnahme gewisser Koran-Passagen durch islamistische Extremisten. Erschwerend kommt hinzu, dass es im Islam keine überdachten Autorität gibt, wie sie die katholische Kirche in der Person des Papstes hat. Und dennoch oder erst recht: Jetzt gilt es, islamische Autoritäten bei uns in die Pflicht zu nehmen. Es braucht von ihnen allen ein Ja ohne Wenn und Aber zu den Grundwerten unserer Zivilisation.

# Landolt fordert eine Roadmap

**ZUWANDERUNG** Martin Landolt verliert die Geduld. Der BDP-Chef will, dass der Bundesrat ein Gesetz zur Förderung inländischer Arbeitskräfte ausarbeitet.

SERMIN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizsamsonntag.ch

Vor knapp einem Jahr hat die Mehrheit der Schweizer Stimmbürger Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gesagt. Seitdem wird gerätselt, wie sich die Zuwanderung drosseln lässt, ohne die Beziehungen zur Europäischen Union zu gefährden. Wirtschaft und Politik sind überzeugt, dass die Quadratur des Kreises gelingt, wenn das Potenzial an inländischen Arbeitskräften besser ausgeschöpft wird. Nur: Abgesehen von Absichtserklärungen ist nicht viel passiert.

Jetzt hat BDP-Präsident Martin Landolt die Geduld verloren. «Der Bundesrat hätte in eigener Kompetenz schon viel tun können», ist er überzeugt. Landolt fordert den Bundesrat auf, endlich Nägel mit Köpfen zu machen (siehe Interview). In der Verantwortung sieht er insbesondere Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann: Er müsse schnell ein Konzept auf den Tisch legen. Ihm schwebt ein Gesetz vor, Ansatzpunkte wären beispielsweise Erleichterungen für Unternehmen, die viele älteren Menschen und Frauen beschäftigen. «Natürlich ist es nicht möglich, in zwei Jahren messbare Resultate zu erzielen», sagt Landolt. Eine bundesrätliche Vorlage liege aber drin. «Dann hätte man für den Fall einer Abstimmung über die bilateralen Beziehungen auch etwas in der Hand», sagt er und warnt, «sonst wird es gefährlich».

### Unterstützung aus der Mitte

Allein ist Landolt mit seiner Forderung nicht. Sowohl GLP-Chef Martin Bäumle als auch CVP-Präsident Christophe Darbellay sehen den Bundesrat gefordert. «Bei der Fachkräfteinitiative ist beispielsweise zu wenig Fleisch am Knochen», so Darbellay. Noch mehr in der Verantwortung stünde allerdings die Wirtschaft selbst: «Der Staat soll sich mit Interventionen zurückhalten und sich auf optimale Rahmenbedingungen konzentrieren», meint Bäumle.

**Herr Landolt, warum fordern Sie von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann ein Konzept für die Förderung inländischer Arbeitskräfte?**

**Martin Landolt:** Wir haben nicht endlos Zeit, dem Stimmvolk zu beweisen, dass wir das Ergebnis vom 9. Februar verstanden haben. Der Bundesrat hätte in eigener Kompetenz schon viel tun können. Leider ist nichts passiert. Ich will, dass



Martin Landolt gab gestern an der Delegiertenversammlung in Winterthur das Ziel bekannt: Bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst will die BDP drei Sitze zulegen.

EQ/Melanie Duchene

der Bundesrat wie bei der Energiewende oder bei der Altersvorsorge in einer Roadmap aufzeigt, wie er das Potenzial inländischer Arbeitskräfte fördern will. So rasch wie möglich und wesentlich konkreter als bisher.

**Es gibt schon die Fachkräfteinitiative. Landolt:** Das sind bis jetzt nur Lippenbekenntnisse. Der Wirtschaftsminister beharrt auf Freiwilligkeit. Doch es ist naiv zu glauben, die Unternehmen würden sich selbst beschränken, wie das Gejammer nach der leichten Reduzierung der Drittstaatenkontingente gezeigt hat. Jetzt ist die Politik gefordert.

**Was ist zu tun?**  
**Landolt:** Es braucht ein Gesetz zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte, das mit Anreizen und Impulsen arbeitet. Ich könnte mir Steuererleichterungen oder andere Vorteile für Unternehmen vorstellen, die einen gewissen Prozentsatz älterer Arbeitnehmer oder Frauen beschäftigen. Der Bundesrat muss endlich Nägel mit Köpfen machen.

**Sie haben gestern den Wahlkampf eröffnet. Neben den Themen Europa und Energiewende setzen Sie auf Frauenpower. Warum?**  
**Landolt:** Der Begriff «Frauenpower» re-

präsentiert die fortschrittliche gesellschaftspolitische Haltung der BDP, mit der wir uns von anderen bürgerlichen Parteien unterscheiden. Das Lebensmodell von Familien geht die Politik nichts an. Wenn aber eine Frau arbeiten will, muss der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, dass sie das kann. Zur Frauenpolitik gehört für uns aber auch, dass Männer bessere Möglichkeiten erhalten, Teilzeit zu arbeiten.

**Wie stehts mit dem Vaterschaftsurlaub?**  
**Landolt:** Die Maximalforderungen der Linken unterstützt die BDP nicht. Aber im Grundsatz befürworte ich einen Vaterschaftsurlaub, weil er auch ein Bedürfnis junger, moderner Männer ist.

**Sie werben mit Bienen. Was soll das dem Wähler sagen?**  
**Landolt:** Die Biene steht für typische BDP-Eigenschaften: arbeitsam, fleissig, ausdauernd, grundsätzlich friedlich, aber bereit, zuzustechen, wenn es nötig ist.

**Wie viel Wähleranteil wollen Sie damit erreichen?**  
**Landolt:** Der Wähleranteil spielt eine untergeordnete Rolle. Wir wollen drei Sitze mehr machen.

**Woher sollen die kommen? Nicht aus der Zentralschweiz, oder?**  
**Landolt:** Realistischerweise nicht, auch wenn die BDP Luzern für eine Überraschung gut ist. Gute Chancen haben wir in der Waadt. Ausserdem setze ich auf Baselland und den Thurgau, wo wir 2011 nur knapp gescheitert sind.

**Was bedeutet es für Ihre Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, wenn Sie das Ziel verpassen?**

**Landolt:** Natürlich ist es auch für sie wichtig, dass wir gestärkt aus den Wahlen hervorgehen. Am Ende des Tages aber entscheidet nicht die BDP allein über ihre Wiederwahl. Entscheiden wird die Allianz, die sie bis jetzt getragen hat. Ich gehe davon aus, dass diese intakt ist und nach den Wahlen nicht weniger Stimmen hat.

**«Ich könnte mir Vorteile für Unternehmen vorstellen, die einen gewissen Prozentsatz älterer Arbeitnehmer beschäftigen.»**

MARTIN LANDOLT

## Kommt die Gentechnik durch die Hintertür?

**LANDWIRTSCHAFT** In der Schweiz ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verboten. Eine neue Studie löst Ängste aus.

In Europa geht die Angst um vor dem Freihandelsabkommen TTIP. Tausende haben gestern in Berlin gegen das Vertragswerk demonstriert, welches die EU zurzeit hinter verschlossenen Türen mit den USA aushandelt. Dieses könnte die Gentechnik auf Acker und Teller bringen, lautet eine Befürchtung. Eine Studie im Auftrag der deutschen Grünen, die diese Woche publiziert worden ist, zeigt nun, dass diese Sorgen begründet sind. Und zwar auch für die Schweiz.

### Standards sollen gesenkt werden

Unter dem Titel «Freihandel – Einfallstor für die Agro-Gentechnik» hat ein Experte die möglichen Auswirkungen von TTIP auf die EU-Regelungen untersucht. Er kommt zum Schluss, dass mit dem Abkommen «sehr wohl beabsichtigt

ist, die Standards für Umwelt- und Verbraucherschutz im Bereich der Agro-Gentechnik abzusenken». Das liegt am unterschiedlichen Zugang zur Materie: In Europa gilt das Vorsorgeprinzip, wonach Gempflanzen nicht zugelassen werden, solange die Sicherheit nicht bewiesen ist. In Amerika hingegen hält man gentechnisch veränderte Pflanzen so lange für sicher, bis das Gegenteil bewiesen ist.

### Konsumentenschutz ist besorgt

Die Schweiz sitzt zwar nicht am Verhandlungstisch. Dennoch könnte auch hier die Gentechnik über die Hintertür eingeführt werden, warnt Fabian Molina. Der Präsident der Jungsozialisten (Juso) sieht die Gefahr, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel in unser Land importiert würden. Als Folge davon könnte das Moratorium fallen, das bis Ende 2017 den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verbietet.

Die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) teile diese Befürchtung, wie Geschäftsleiterin Sara Stalder sagt. Sie bezieht sich auf das Schiedsgerichtsverfahren, das zur Diskussion steht. Danach könnten Länder, die bestimmte Produk-

te verbieten, angeklagt werden. Wenn dieses Verfahren kommt, droht gemäss Stalder, dass nationale Gesetze wie das Gentech-Verbot untergraben werden könnten. «Das ist leider ein reales Szenario», sagt die Konsumentenschützerin.

### Widerstand der Verbraucher

Die grüne Baselbieter Nationalrätin Maya Graf sieht vor allem eine grosse Gefahr von schleichenden Importen gentechnisch veränderter Lebensmittel in die Schweiz. Die deutschen Grünen hätten aufgezeigt, dass die Lebensmittelstandards sinken und Gentechnik-Lebensmittel aus den USA nach Europa gelangen könnten, sagt die Präsidentin der «Schweizerischen Allianz Gentechfrei». Unser Land sei davon wegen des Casside-Dijon-Prinzips betroffen. Danach können in der Schweiz Lebensmittel verkauft werden, die in der EU zugelassen sind, obwohl sie die Schweizer Standards nicht erfüllen. «Wir verfolgen das mit grosser Sorge und haben daher zum Erhalt der Qualität die Fair-Food-Initiative lanciert», sagt Graf.

Dass die Schweiz auch zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ge-

bäuerin hingegen nicht. Sie sieht auch keine Gefahr, dass solche Produkte nicht mehr speziell gekennzeichnet werden müssten. Dazu sei der Widerstand von Verbrauchern, Umweltorganisationen und Bauern in Europa zu gross: «Die Schweiz ist da in allerbesten Gesellschaft – zum Glück», so die Biobäuerin.

### Bauernverband beschwichtigt

Ähnlich schätzt der Schweizer Bauernverband (SBV) die Lage ein. Dieser befürwortet im Moment zwar eine Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums über das Jahr 2017 hinaus und hätte keine Freude daran, «wenn dem Ernährungssektor von aussen etwas aufgezwungen würde». Doch die Wahrscheinlichkeit, dass es so weit kommt, schätzen die Verantwortlichen als gering ein: Das Gutachten der deutschen Grünen gehe von den Maximalforderungen der amerikanischen Industrie aus, sagt Beat Röösl, Leiter des Geschäftsbereichs Internationales beim SBV. Dass die EU und insbesondere die europäische Bevölkerung dies akzeptiert, sei unwahrscheinlich.

EVA NOVAK  
eva.novak@luzernerzeitung.ch